



Informationsbrief Weltwirtschaft & Entwicklung

Hg. v. Elmar Altvater, Dieter Boris, Tatjana Chahoud, Hans-Joachim Döring, Rainer Falk, Bernd Hamm, Gunther Hilliges, Uwe Hoering, Jens Martens, Klaus Milke, Doris Peschke, Christoph Scherrer, Frithjof Schmidt, Herbert Schui, Heffa Schücking, Barbara Unmüßig, Peter Wahl, Christa Wichterich

XI. UN-Konferenz für Handel und Entwicklung (UNCTAD XI):

Neue Konfiguration zwischen Nord und Süd?

Mit der Lancierung einer neuen Runde zur Förderung des Süd-Süd-Handels, der Forderung nach mehr Politikspielräumen für den Süden und einem Bekenntnis, die Doha-Runde zu einer echten Entwicklungsrunde zu machen, endete die XI. Vollversammlung der UN-Handels- und Entwicklungskonferenz (UNCTAD XI), die vom 13. bis 18. Juni 2004 in Sao Paulo/Brasilien stattfand. Eine Nachbereitung von **Rainer Falk**.

Wie schon vor acht Jahren in Midrand/Südafrika (s. W&E SD 2/1996) und vor vier Jahren in Bangkok (s. W&E SD 1/2000) stand auch die diesjährige Vollversammlung der vor 40 Jahren gegründeten Spezialorganisation der UNO für Handels- und Entwicklungsfragen im Zeichen der wirtschaftlichen Globalisierungsprozesse und ihrer Bedeutung für die Entwicklungsländer. Doch deutlich spürbar war in Sao Paulo, dass die Nord-Süd-Beziehungen derzeit eine Phase durchlaufen, die durch mehr Selbstbewusstsein auf Seiten des Südens und zaghafte Ansätze zu einer Abkehr von den neoliberalen Patentlösungen in der Entwicklungspolitik gekennzeichnet ist.

Das Thema der Konferenz legte den Schwerpunkt auf die Förderung der „Kohärenz zwischen nationalen Entwicklungsstrategien und globalen ökonomischen Prozessen“ – als Voraussetzung, um bessere Rahmenbedingungen für wirtschaftliches Wachstum und Entwicklung, vor allem im Süden des Globus, zu erreichen. Man kann dies als Neuaufnahme der Diskussion um das Verhältnis von internen und externen Faktoren im Entwicklungsprozess sehen, die mit dem

Scheitern der Bestrebungen um eine Neuen Weltwirtschaftsordnung im Zeichen des Washington Consensus abrupt von der internationalen Agenda verschwunden war.

● **Ambivalenzen:** Statt des Washington Consensus werden inzwischen allerlei andere Konsense bemüht, vom „Monterrey Consensus“, wie er im März 2002 von der UN-Konferenz über Entwicklungsfinanzierung beschlossen wurde, bis zu dem jetzt verabschiedeten „Sao Paulo Consensus“. Diese Dokumente zeichnen sich generell durch einen stärkeren Mix von Politiken und Instrumenten aus, ohne die neoliberale Dominanz entscheidend zu durchbrechen. Sie beinhalten aber zugleich – zumeist verklauusliert im kompromissorientierten UNO-Jargon – mehr und mehr „Öffnungsklauseln“, die politische Neuansätze ermöglichen könnten.

So betont die unter dem Motto „Der Geist von Sao Paulo“ verabschiedete Deklaration von UNCTAD XI (s. Auszüge im Wortlaut auf der Rückseite dieser Ausgabe), die Globalisierung habe der Welt einen präzedenzlosen Reichtum beschert, die Vorteile daraus seien bislang jedoch ungleich verteilt, und viele Entwicklungs-

15 Jahre W&E

In diesem Monat wird der Informationsbrief WELTWIRTSCHAFT & ENTWICKLUNG 15 Jahre alt. Aus diesem Anlass leisten wir uns ein neues Logo, einen neuen Internet-Auftritt und eine Rückschau auf die vergangenen anderthalb Jahrzehnte. Das neue Logo verzichtet nunmehr definitiv auf figurative Symbolik. Die neuen Grundelemente sind Kreis und Quadrat; beibehalten wird die Fieberkurve – wenn Sie so wollen: der Kreis für den Globus, das Quadrat für menschliches Schaffen und die Kurve für die Ungleichheit und Ungleichzeitigkeit von Entwicklung,

Auf den folgenden Seiten haben wir Titelblätter zurückliegender Ausgaben zusammengestellt. Sie zeigen einen Querschnitt durch das Themenspektrum der letzten Jahre, dem wir auch in Zukunft treu bleiben werden. Wenn Sie uns bei der Werbung um neue AbonnentInnen unterstützen möchten, stellen wir Ihnen gerne Exemplare dieser Ausgabe zur kostenlosen Weiterverteilung zur Verfügung.

Wenn Sie diese Ausgabe in Händen halten, wird unsere neue Homepage bereits freigeschaltet sein. Schauen Sie doch mal unter: www.weltwirtschaft-und-entwicklung.org



● **Juli 1989:** Die erste reguläre Ausgabe von W&E berichtet vom Pariser G7-Gipfel. Die Schlagzeile „Neue Schritte zu einer globalen Gegenbewegung“ ist Programm. Autor ist Alain Lipietz, damals Mitorganisator des „anderen Gipfels“.

In dieser Ausgabe:

- 15 Jahre W&E (S. 1-6) +++ UNCTAD XI in Sao Paulo (S. 1) +++ Stiglitz-Report (S. 3) +++ Copacabana Act (S. 4) +++ Kapitalmärkte und Entwicklungspolitik (S. 6) +++ W&E-Infospiegel & Update (S. 7) +++ UNCTAD-Dokument (S. 8)



Informationsbrief
WELTWIRTSCHAFT & ENTWICKLUNG

13. September 1991
Preis 1,- DM

Nationaler UNCTAD-Report der Bundesrepublik
Wertloses Papier

Der neue Report über die Entwicklung der Weltwirtschaft und die Entwicklung der LDCs ist ein wertloses Papier. Die Bundesregierung hat sich nicht bemüht, die LDCs zu unterstützen. Die LDCs sind in der Weltwirtschaft nicht mehr als ein Randphänomen zu sehen. Die Bundesregierung hat sich nicht bemüht, die LDCs zu unterstützen. Die LDCs sind in der Weltwirtschaft nicht mehr als ein Randphänomen zu sehen.

U-7 Treffen in London
Vorletzte Worte

Am 17. September 1991 fand in London das U-7-Treffen statt. Die Teilnehmer haben sich über die Lage der Weltwirtschaft und die Entwicklung der LDCs unterhalten. Die Teilnehmer haben sich über die Lage der Weltwirtschaft und die Entwicklung der LDCs unterhalten.

Die Teilnehmer haben sich über die Lage der Weltwirtschaft und die Entwicklung der LDCs unterhalten. Die Teilnehmer haben sich über die Lage der Weltwirtschaft und die Entwicklung der LDCs unterhalten.

Die Teilnehmer haben sich über die Lage der Weltwirtschaft und die Entwicklung der LDCs unterhalten. Die Teilnehmer haben sich über die Lage der Weltwirtschaft und die Entwicklung der LDCs unterhalten.

Wichtigste Aussagen:

- 1. Die Teilnehmer haben sich über die Lage der Weltwirtschaft und die Entwicklung der LDCs unterhalten.
- 2. Die Teilnehmer haben sich über die Lage der Weltwirtschaft und die Entwicklung der LDCs unterhalten.
- 3. Die Teilnehmer haben sich über die Lage der Weltwirtschaft und die Entwicklung der LDCs unterhalten.

● **September 1991:** Von Anfang an begleitet W&E die Vorbereitungen des Erdgipfels in Rio. Hier kommentiert Barbara Unmüßig den nationalen Vorbereitungsreport der Bundesregierung. Wie jedes Jahr berichtet Rainer Falk vom G7-Treffen.



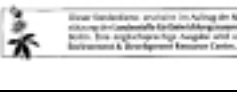
Informationsbrief Sonderdienst
WELTWIRTSCHAFT & ENTWICKLUNG

13. August 1991
Preis 1,- DM

Der UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung (UNCED)
Von Stockholm nach Rio

Die UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung (UNCED) ist eine internationale Konferenz, die sich mit den Themen Umwelt und Entwicklung beschäftigt. Die Konferenz wird in Rio de Janeiro abgehalten. Die Konferenz wird in Rio de Janeiro abgehalten.

Die UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung (UNCED) ist eine internationale Konferenz, die sich mit den Themen Umwelt und Entwicklung beschäftigt. Die Konferenz wird in Rio de Janeiro abgehalten. Die Konferenz wird in Rio de Janeiro abgehalten.



● **1991/92:** Zur UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung (UNCED) publiziert W&E seine erste Sonderdienst-Serie als internationale Koproduktion unter dem Titel „Maracujá“. Christian Radtke zeichnet den Weg von Stockholm nach Rio.

länder, vor allem die LDCs, würden im Zuge der Globalisierung weiter an die Peripherie gedrängt. Damit der internationale Handel zur Armutsbekämpfung beitragen könne, sei künftig mehr politische Gestaltung notwendig, so auch schon der kurz vor UNCTAD XI veröffentlichte neueste LDC-Report mit dem programmatischen Titel „Linking International Trade with Poverty Reduction“ (s. Lesehinweis in W&E 06/2004).

Das als Sao Paulo Consensus vorgestellte Aktionsprogramm (alle Dokumente im Internet unter www.unctad.org) konzentriert sich auf vier Bereiche: Entwicklungsstrategien in einer sich globalisierenden Welt, Aufbau von produktiven Kapazitäten und internationaler Wettbewerbsfähigkeit, Sicherung entwicklungspolitischer Vorteile aus dem internationalen Handel und Handelsverhandlungen sowie Partnerschaften für Entwicklung. Der Sao Paulo Consensus bekräftigt das Mandat von UNCTAD als zentraler Ort innerhalb des UN-System zur Bearbeitung handels- und entwicklungspolitischer Fragen im Sinne von Dialog und Konsensbildung, womit die immer mal wieder aufgeworfene Frage nach der Abschaffung der Organisation einstweilen der Vergangenheit angehören dürfte.

In der während des Vorbereitungsprozesses und auch noch in Sao Paulo heiß diskutierten Frage der „Politikspielräume“ für den Süden stellte die Konferenz fest, dass die Verregelung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen die nationale Autonomie der Entwicklungsländer stark eingeschränkt habe und dass ein Ausgleich gefunden werden müsse zwischen derlei Regimen und der notwendigen Aufrechterhaltung vielfältiger Optionen in der nationalen Wirtschaftspolitik in Bezug auf Handel, Investitionen und industrielle Entwicklung. Derlei Ambivalenzen im Ringen um künftige Strategien und eine Reform realer wirtschaftlicher Global-Governance-Strukturen finden inzwischen auch Entsprechungen in den realwirtschaftlichen Prozessen der Weltökonomie, die gleichsam die materielle Grundlage dafür sind, dass mit den Entwicklungsländern (s. Cancún) nicht mehr so umgesprungen werden kann wie noch vor Jahren. Am Rande von UNCTAD XI wies er in diesem Herbst

aus dem Amt ausscheidende UNCTAD-Generalsekretär Rubens Ricupero darauf hin, dass die Entwicklungsländer heute schon die Hälfte der US-Exporte und ein Drittel der Ausfuhr der EU aufnehmen, was in der aktuellen Diskussion um den globalen Konjunkturaufschwung gerne übersehen werde. Es entstehe derzeit „eine neue internationale ökonomische Konfiguration“, in der eine Reihe von stark wachsenden Entwicklungsländer zu neuen dynamischen Kernen der wirtschaftlichen Aktivität wird.

● **Impuls für den Süd-Süd-Handel:** In diesem Zusammenhang ist die in Sao Paulo lancierte neue Verhandlungsrunde zwischen den Entwicklungsländern über die Ausweitung des Globalen Systems von Handelspräferenzen (GSTP) vielleicht das wichtigste Ergebnis. Dieses Ende der 1980er Jahre im Rahmen von UNCTAD beschlossene Modell ermöglicht (im Gegensatz zum Liberalisierungsansatz der WTO) eine stärkere Handelsintegration der Entwicklungsländer untereinander, ohne ihre Märkte gleichzeitig für Produkte aus dem Norden öffnen zu müssen. Dem GSTP gehören derzeit 43 Entwicklungsländer an, auf die im Jahre 2000 gut 55% des Süd-Süd-Handels entfiel. Die Zahl der teilnehmenden Länder soll im Rahmen der neuen Verhandlungsrunde, die in zwei Jahren abgeschlossen sein soll, kräftig erhöht werden. Ob diese Süd-Süd-Verhandlungsrunde oder die nach wie vor stagnierende Doha-Runde im Rahmen der WTO langfristig das wichtigere Projekt sein werden, kann der zukünftigen Entwicklung überlassen bleiben. In Sao Paulo bekräftigte der Süden jedenfalls seinen Anspruch, aus der Doha-Runde eine wirkliche Entwicklungsrunde zu machen. Und sofern die Verstärkung der Süd-Süd-Integration zu einem größeren Gewichts der Entwicklungsländer in der Weltwirtschaft führt, stärkt dies auch ihre Verhandlungsposition in der WTO. Wie gut die Initiativen des Südens inzwischen konzentriert sind, zeigte sich bereits am Tag nach UNCTAD XI, als das Commonwealth-Sekretariat einen Bericht vorstellte, der aufzeigt, welche Zugeständnisse der Norden machen muss, um seine in Doha gegebenen Versprechen einzulösen (s. nachfolgenden Beitrag).

● **Zivilgesellschaftliche Reaktionen:** Konsensdokumente vom Typ Sao Paulo lösen naturgemäß unterschiedliche Reaktionen aus, zumal unter NGOs. So bewertete das US-amerikanische *Institute for Agricultural and Trade Policy* die auf UNCTAD XI getroffene Entscheidung zur Einrichtung einer Task Force, um Wege zur Stabilisierung der Rohstoffpreise zu untersuchen, als „vielversprechend“. Auch der ebenfalls in Sao Paulo beschlossene Diversifikationsfonds stieß auf Zustimmung, wenngleich seine Finanzierung noch ungeklärt ist. Auch wenn vielen NGOs bewusst ist, dass UNCTAD wenigstens ein gewisses Gegengewicht gegen die Politikkomfortität der Bretton-Woods-Organisationen darstellt, waren sie doch enttäuscht, wenn wenig die Verantwortlichkeiten von Transnationalen Unternehmen in Sao Paulo benannt wurden. Viele, etwa

Friends of the Earth oder das *Third World Network*, hätten sich hier deutlichere Worte gewünscht. In einem Civil Society Forum vom 11. bis 17. Juni hatten NGOs aus aller Welt ihre eigene Zukunftsvision von Handel und Entwicklung entwickelt. In einem „Civil Society Letter“ zu Beginn der Konferenz (Wortlaut im Internet unter forumsociedadecivil.org.br) kritisierten sie den Sao Paulo Consensus als zu stark an Konzerninteressen und deren Investitionsstrategien orientiert. Gleichzeitig drückten sie ihre Sorge aus, UNCTAD könnte seine Forum unabhängige Rolle als ein Forum kritischer Analyse verlieren. Für die im Herbst anstehende Ernennung des nächsten UNCTAD-Generalsekretärs durch Kofi Annan legten sie einen Kriterienkatalog vor. In der Tat kann von dieser Personalentscheidung weiterer Aufschluss über den künftigen Weg von UNCTAD erwartet werden. □

Commonwealth-Report: Eine wirkliche Entwicklungsrunde!

Wie müsste eine wirkliche Entwicklungsrunde aussehen, in der die Tagesordnung die Entwicklungsprioritäten des Südens reflektiert? Welche Unterstützung müssten diese Länder bekommen, wenn sie die damit verbundenen Chancen ergreifen wollten? Diesen Fragen geht jetzt ein Report nach, den das Commonwealth-Sekretariat bei Joseph Stiglitz und anderen kritischen Entwicklungsökonomern in Auftrag gegeben hat. Eine **W&E-Zusammenfassung**.

Was NGOs schon länger sagen, sagt jetzt auch der Nobelpreisträger Joseph Stiglitz: „Es ist falsch, die Doha-Runde, wie sie sich in den letzten beiden Jahren entwickelt hat, als Entwicklungsrunde zu charakterisieren.“ Denn diese Verhandlungen hätten nicht nur keine entwicklungspolitischen Vorteile mit sich gebracht, sondern eine Reihe von Themen befördert, die für die Entwicklungsländer entweder von untergeordneter Bedeutung oder sogar schädlich für ihre Interessen seien. Der gemeinsam mit Andrew Charlton von der Universität Oxford und unter dem Dach der *Initiative for Policy Dialogue*, einem Netzwerk von Entwicklungsökonomern an der Columbia-Universität in New York City, verfasste Bericht hebt hervor, dass die Probleme über die in der Öffentlichkeit reichlich kritisierten

Agrarsubventionen und Importrestriktionen gegenüber Entwicklungsländern weit hinaus gingen. Eine grundlegende Reform der Agenda der Doha-Runde und des Verhandlungsprozesses in der WTO seien erforderlich, wenn die in Doha gemachten Versprechungen eingelöst werden sollen. In der in dem Report entfalteten „Agenda für die Entwicklungsrunde“ wird für eine „besondere und differenzierte Behandlung“ (SDT) der Entwicklungsländer in der Handelspolitik plädiert, da sie in der Vergangenheit durch „unfaire Handelsverhandlungen“ benachteiligt worden seien und sich heute in einer grundlegend anderen Situation als die nördlichen Industrieländer befänden. Statt ihnen reziproke Verpflichtungen abzuverlangen, sollte ihnen der Norden unilaterale Zugeständnisse in vielen Bereichen machen. Zu der entwicklungspro-



● **1993/94:** Anlässlich des 50. Jahrestags von IWF und Weltbank erscheint eine weitere Serie von Sonderdiensten, die weithin Beachtung findet. W&E bilanziert die Politik der Bretton-Woods-Zwillinge und entwickelt Konzepte für ihre Reform.



● **Februar 1995:** Unmittelbar nach ihrem Ausbruch analysiert Dieter Boris die mexikanische Pesokrise. Finanzkrisen werden zum Dauerthema in der zweiten Hälfte der 90er Jahre. Zugleich beginnt W&E eine Diskussion über „Global Governance“.



● **Mai 1995:** Noch vor Aufnahme der Verhandlungen in der OECD warnt W&E vor den Gefahren eines Multilateralen Investitionsabkommens (MAI). Probleme der Schuldenerleichterung, hier am Beispiel Mosambik, werden in fast jeder Ausgabe behandelt.



● **Oktober 1995:** W&E veröffentlicht eine der ersten ausführlichen Analysen zur Tobin-Steuer. Jörg Huffschild rechnet vor, dass die Besteuerung der Devisenspekulation praktikabel und wirtschafts- und entwicklungspolitisch vernünftig ist.

litischen Handelsagenda der Autoren gehören:

- Vorschläge zur Erleichterung der Einwanderung unqualifizierter Arbeitskräfte und Vorrang für Liberalisierungsmaßnahmen gegenüber dem Import arbeitsintensiv hergestellter Rohstoffe und Dienstleistungen;
- Abbau der nichttarifären Handelshemmnisse, die im Zuge des Zollabbaus zugenommen haben; Abschaffung von Dumpingbestimmungen und anderer unfairer Handelspraktiken;
- Revision der Patentschutzbestimmungen („TRIPS“), um mit dem Abbau der Wissenslücke zwischen reichen und armen Ländern zu beginnen;
- Ausnahme der Entwicklungsländer von Verpflichtungen (z.B. bei Investitionsbestimmungen), die ihren entwicklungsstrategischen Spielraum beschneiden; sie sollten in der Lage sein, neue Industrien zu fördern und den Banken

die Kreditförderung kleiner und mittlerer Unternehmen vorzuschreiben.

„Kein Abkommen ist besser als ein schlechtes Abkommen“, sagt jetzt auch Stiglitz mit Blick auf die Situation nach Cancun. Die Welt habe viel zu gewinnen in einer wirklichen Entwicklungsrunde. Aber eine Grundvoraussetzung dafür seien radikale Veränderungen in der nördlichen Verhandlungsposition. Der neue Report kommt als Anleitung hierfür gerade recht. □

Hinweis:

* Initiative for Policy Dialogue, *The Development Round of Trade Negotiations in the Aftermath of Cancun*, A report for the Commonwealth Secretariat prepared by Joseph E. Stiglitz and Andrew Charlton, with the Initiative for Policy Dialogue (IPD), 159 pp., London 2004. Im Internet unter: www.thecommonwealth.org

Schuldner-Gläubiger-Beziehungen:

Lula/Kirchner vs. IWF

Nach wie vor ungelöst ist der Streit zwischen kleinen Anleihebesitzern und institutionellen Investoren auf der einen und der argentinischen Regierung auf der anderen Seite. Die Schulden des Landes gegenüber privaten Gläubigern summieren sich inzwischen auf rund 100 Mrd. US-Dollar (s. W&E 10/2003). Doch eine neue Initiative zur Reform der Regeln für die Beziehungen mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF) könnte zur tiefgreifendsten Veränderung des Verhältnisses zwischen Schuldner und Gläubigern in den letzten 30 Jahren führen, schreibt **Roberto Bissio**.

Nach seinem derzeitigen Abkommen mit dem IWF würde Argentinien das laufende Jahr mit einem „primären Haushaltsüberschuss“ (d.h. vor Bedienung der ausländischen Gläubiger) von 3% seines Bruttoinlandsprodukts (BIP) abschließen, was etwa 10,8 Mrd. US-Dollar entspricht. Da die argentinische Wirtschaft jedoch viel schneller wächst als ursprünglich erwartet, wird inzwischen mit einem zusätzlichen Überschuss von 7,8 Mrd. Dollar gerechnet, und auf diesen Überschuss erhebt der IWF nun Anspruch, für sich selbst, für die Weltbank und die privaten Halter von Argentinien-Bonds. Doch wie Wirtschaftsminister Lavanga am 20. Mai 2004 angekündigt hat, wurden die zusätzlichen Haushaltsmittel bereits zugeteilt: 5 Mrd. Dollar werden für Sozialausgaben, die Unterstützung einheimischer Firmen und Infrastrukturinvestitionen verwendet, während 2,8 Mrd. Dol-

lar zur Ablösung von Staatsanleihen verwendet werden, ohne neue Schulden aufzunehmen. Während Argentinien wächst, seine Arbeitslosigkeit reduziert und harte Verhandlungen mit ausländischen Investoren führt, kämpft Brasilien verzweifelt um die Erzielung eines Haushaltsüberschusses von 4,25%, wie ihn der IWF verlangt. Seine Wirtschaft wird durch hohe Zinssätze stranguliert, die Arbeitslosigkeit steigt, und das Wachstum liegt bei Null. Die enorme Popularität des brasilianischen Präsidenten Lula nimmt ab, während sein Nachbar Kirchner, den noch vor einem Jahr niemand kannte, mit jedem Tag populärer wird. Doch haben die beiden Politiker eine gemeinsame Basis in der Forderung nach Neuformulierung der Regeln der internationalen Ökonomie gefunden. Zunächst war da ihr gemeinsames Auftreten vor der Ministerkonferenz von Cancun, das die Bildung einer

Gruppierung von Entwicklungsländern ermutigte, die von den großen Industrieländern ernst genommen werden muss. Jetzt fordern sie vom IWF, seine Regeln neu zu schreiben, und koordinieren die Bestrebungen der Entwicklungsländer für eine substantielle Reform des Bretton-Woods-Systems.

● **„Copacabana Act“:** Am 16. März unterzeichneten Lula und Kirchner in Rio de Janeiro eine Erklärung der Zusammenarbeit für ein Wirtschaftswachstum im Dienste der Gleichheit, auch als sog. „Copacabana Act“ bekannt. Darin verurteilen die beiden Präsidenten den „Widerspruch im gegenwärtigen internationalen Finanzsystem zwischen nachhaltiger Entwicklung und deren Finanzierung“. Um dieses System zu ändern, kommen sie darin überein, „mit den internationalen Gläubigerinstitutionen auf eine Weise zu verhandeln, die das Wachstum nicht gefährdet, die Tragfähigkeit der Schulden sicherstellt und Raum für Investitionen in die Infrastruktur lässt“. Die Erklärung fordert darüber hinaus die Beseitigung der (Agrar-)Subventionen in den entwickelten Ländern, das Recht, bei der Vergabe von Regierungsaufträgen nationale und regionale Investoren zu bevorzugen, und Spielräume zur Stimulierung heimischer und regionaler Ersparnisse – ein Hinweis auf die Schaffung von Regionalfonds und vielleicht sogar einer gemeinsamen Währung.

Während des April-Treffens der Interamerikanischen Entwicklungsbank (IDB) in Lima im April fand die Forderung, Infrastrukturinvestitionen bei der Schätzung des primären Haushaltsdefizits durch den IWF auszunehmen, die ungeteilte Unterstützung der anderen lateinamerikanischen Länder. Für die Finanzminister bedeutet dies, dass ihnen erlaubt wäre, die Ausgaben in Zeiten der Rezession zu steigern – entsprechend dem klassischen keynesianischen Rezept, öffentliche Infrastrukturinvestitionen anzuheben, um Arbeitsplätze zu schaffen und der stagnierenden Ökonomie Anreize zu bieten. Für die IDB und die Weltbank wäre dies eine Gelegenheit, ihre Kredite an Länder mit mittlerem Einkommen zu erhöhen, was wegen der derzeit geltenden Obergrenze für Schuldentragfähigkeit und der IWF-Politik der Begrenzung der Regierungsausgaben nicht möglich ist.

● **Kosten oder Kapitalbildung?** Letztlich geht es aber um noch mehr. Denn letztlich ist der Kern des Zusammenhangs von Makro-Ökonomie und Entwicklung berührt: Wie geht die nationale Haushaltsrechnung mit dem Begriff der Kapitalanlagenbildung um? Wenn ein privater Konzern in die Infrastruktur investiert, wird diese Investition als Anlagebildung behandelt. Nur ein kleiner Prozentsatz der Gesamtinvestition wird im laufenden Jahr verbucht. Im Gegensatz dazu werden in der staatlichen Haushaltrechnung nur Einnahmen und Ausgaben verbucht, und folglich fallen die gesamten Kosten der (staatlichen) Infrastrukturinvestition als Ausgaben in das Jahr, in dem sie getätigt werden.

Der Übergang zum Konzept der Kapitalanlagenbildung würde in Phasen des wirtschaftlichen Abschwungs höhere Regierungsausgaben gestatten, da das Haushaltsdefizit nur um einen Bruchteil der jeweiligen Investitionskosten wachsen würde. Die verbleibenden Investitionskosten würden in späteren Jahren verbucht, wenn sich die Wirtschaft – hoffentlich – wieder erholt hat. Eine weitere Implikation bestünde darin, dass der Verkauf von staatlichem Produktivvermögen im Rahmen der Privatisierung nicht einfach als Einkommen, sondern als Verlust von Anlagen betrachtet würde. Dasselbe würde für die Vernichtung natürlicher Ressourcen gelten. Gesundheits- und Bildungsausgaben könnten auf die gleiche Art und Weise wie Infrastrukturausgaben als Investitionen betrachtet werden; manche Ökonomen würden sagen, dass derartige Investitionen sind besser und schneller auszahlen als konventionelle entwicklungspolitische Großprojekte. Die Debatte um diese Fragen gewinnt gegenwärtig an Schwung, da die gescheiterte ökonomische Orthodoxy des IWF quer durch Lateinamerika beinahe täglich durch die sozialen Bewegungen auf der Straße und durch die Wahl von reformorientierten Kräften an die Regierung herausgefordert wird. □

© Bretton Woods Project

Roberto Bissio leitet das *Instituto del Tercer Mundo* in Montevideo/Uruguay, bei dem auch das Sekretariat von Social Watch angesiedelt ist.



● **Juli 1996:** Immer wieder greift W&E die fragwürdige Praxis der Hermes-Bürgschaften auf, so die Verstrickung in den Drei-Schluchten-Staudamm in China. Seit ihrer Gründung steht die WTO auch bei W&E im kritischen Blickpunkt.



● **1999/2000:** W&E berichtet nicht nur über die Weltgipfel der 90er Jahre, sondern bleibt auch danach am Ball. Zu „Kopenhagen plus 5“ und zu „Rio plus 10“ erscheinen Sonderserien. Hier wertet Jens Martens das Follow-up des Sozialgipfels aus.



● **November 2000:** Europa sieht W&E nicht nur aus nord-süd-politischem Blickwinkel. Auf dem Tiefstand des Euro fragt Elmar Altvater nach der Bedeutung des Sozialen im Prozess der Entstehung des neuen, integrierten Währungsraums.



● **Oktober 2002:** Nach dem abrupten Ende des Höhenflugs der 90er Jahre analysiert W&E die Realität der Post-Bubble-Ökonomie. Weltwirtschaftliche Konjunkturanalysen aus „südlicher“ Perspektive erscheinen regelmäßig ein bis zweimal pro Jahr.

Kapitalmärkte und Entwicklungspolitik: Wie Wall Street den Armen helfen kann

Die Distanz zwischen einem Börsenmakler an der Wall Street und einem zweijährigen Jungen in Mosambik schrumpft. Was die beiden zusammen bringt ist die Erkenntnis, dass es u.U. möglich ist, die eine Art des Risikos – z.B. das Krankheitsrisiko eines mosambikanischen Kindes – durch den Handel mit einer anderen Art von Risiko zu verringern, das denjenigen vertraut ist, die ihren Lebensunterhalt mit Hedging und Optionshandel verdienen. Auf diesem Prinzip basiert u.a. der britische Vorschlag einer Internationalen Finanzierungsfazilität (IFF) für die Millenniumsziele. Ein Diskussionsbeitrag von **Nancy Birdsall** und **Todd Moss**.

Die privaten Kapitalmärkte nutzen hochentwickelte Instrumente, um mit allen möglichen Unsicherheiten umzugehen, besonders mit Preisrisiken und anderen Unwägbarkeiten, die in der Zukunft liegen. Die Finanzierung der weltweiten Entwicklungshilfe, die gegenwärtig nicht sehr gut funktioniert, könnte aus diesen Instrumenten Vorteile ziehen.

In einigen Ländern findet die Entwicklungshilfe aufgrund von Korruption oder schlichter Inkompetenz keine sinnvolle Verwendung. Für sie ist jegliche Form von Hilfe, egal wie hoch sie ist, problematisch. Doch viele arme und gut geführte Länder kämpfen mit einem anderen Problem. Die ausländischen Hilfszuflüsse unterliegen starken Schwankungen, weil die Gesetzgeber in den reichen Ländern sich mit Haushaltsdefiziten und sich ständig ändernden geostrategischen Forderungen herum-schlagen müssen. So bekommt etwa Afghanistan keineswegs all die Hilfe, die die Geber vor zwei Jahren versprochen haben.

Die Länder mit besten Leistungsprofilen, wie Mali, Ghana, die Mongolei und Bolivien, sehen sich mit dem Problem konfrontiert, dass zur Unzuverlässigkeit des Hilfeflusses die Verwundbarkeit ihrer Exporte, das permanente Risiko von Naturkatastrophen und andere Schocks hinzu kommen. Diese für die Regierungen unkontrollierbaren Schocks führen oft zu inflationären Attacken, zu politischer Instabilität und zur Verschreckung der Geber just in einem Moment, in dem Hilfe am notwendigsten ist. Perverserweise fällt bei der gegenwärtigen Art der Hilfevergabe das Risiko in den armen Ländern selbst an, die am wenigsten in der

Lage sind, dieses zu managen. Hier setzt die Idee von Gordon Brown an, dem britischen Finanzminister, der die privaten Märkte auffordert, die Distanz zwischen den Zentren globaler Finanzmacht und den Armen der Welt zu schließen. Der Vorschlag (s. auch W&E 02/2003) ruft zur Einrichtung einer Internationalen Finanzierungsfazilität (IFF) auf, die heute private Finanzmittel an den Kapitalmärkten aufnehmen soll, die wiederum durch die Garantie gedeckt würden, dass die daraus resultierende Verschuldung aus künftigen Steuereinnahmen bedient wird.

Großbritannien verkauft diesen Vorschlag Browns als einen Weg, die Auslandshilfe schnell anzuheben, ohne dafür Gesetzgeber und Steuerzahler um mehr Finanzmittel bitten zu müssen. Doch liegen die wirklichen Vorteile der Anzapfung von Kapitalmärkten anderswo. Diese Märkte können einen virtuellen Fonds mit verfügbaren Entwicklungshilfemitteln schaffen, der für Nehmerländer mit gutem Leistungsprofil, die sog. *well-performers*, mehr Berechenbarkeit gewährleistet. Abrufbare Finanzmittel würden darüber hinaus die Geberbürokratien von dem Druck entlasten, Finanzmittel nur deshalb zu bewilligen, weil diese sonst in der nächsten Haushaltsrunde verloren wären.

● **Verbriefung der Entwicklungshilfe:** Der Brown-Vorschlag hat inzwischen weitere innovative Ideen hervorgerufen, die privaten Märkte für die Verbesserung der Lebensbedingungen und Aussichten der Armen zu nutzen. So tun sich die britische Regierung und die *Global Alliance on Vaccines and Immunization* (GAVI) zusammen, um für die ärmsten Länder einen ste-

tigen Zugang zu Impfstoffen zu gewährleisten. Impfstoffproduzenten in der reichen Welt, die Zweifel daran haben, ob die Regierungen des Südens über die Kapazität und den Willen zum Kauf ihrer Produkte verfügen, sind nicht bereit, auf unvorhersehbare und unzuverlässige Entwicklungshilfezuflüsse in der Zukunft zu setzen. Sie investieren deshalb nur zögerlich in den Aufbau neuer Kapazitäten, was zu Knappheit und hohen Preisen führt.

Der Plan von Großbritannien und GAVI soll die Kapitalmärkte nutzen, um künftige Hilfezahlungen für Impfstoffe zu verbrieft, die Nachfrage zu sichern und Investitionsanreize zum Anreiz für Produzenten zum Kapazitätsausbau in der Gegenwart zu geben. Da Impfstoffe in großen Mengen auf den globalen Märkten gekauft werden, kann eine verlässliche Finanzierung auch dazu beitragen die Preise zu senken. Dies wäre eine der seltenen *win-win*-Situationen, in denen arme Kinder von besseren und billigeren Medikamenten profitieren und zugleich die Geber mit weniger Geld mehr Leben retten könnten.

Weitere kreative Anwendungen sind denkbar: Versicherung Nikaraguas und Ugandas gegen schwankende Kaffeepreise; Absicherung der Schuldendienstverpflichtungen von Bolivien und Ghana gegen Schocks; Sicherung eines stetigen Finanzflusses zur Ermutigung der langfristigen Planung, die in Südafrika zum Kampf gegen HIV/Aids notwendig ist; Garantie von Stipendien für Mädchen in Pakistan und Kambodscha zum Besuch weiterführender Schulen. Vorschläge dieser Art sind bereits in Arbeit. In allen diesen Fällen würden die Risiken von den armen Ländern auf die privaten Märkte verlagert. Mit dem Risikotransfer sind natürlich Kosten verbunden, da die privaten Märkte auf Profiten bestehen werden. Doch bei zwei Milliarden Menschen, die immer noch in Armut leben, wäre es sicherlich kostspieliger, das Business-as-usual fortzusetzen. □

Nancy Birdsall ist Präsidentin und *Todd Moss* wissenschaftlicher Mitarbeiter am *Center for Global Development* in Washington.

W&E-Infospiegel

● **BMZ-Etat stagniert:** Der Ende Juni vorgelegte Entwurf der Bundesregierung für den Haushalt 2005 löste bei den entwicklungs-politischen Organisationen in Deutschland große Enttäuschung aus. Zwar wurde der Entwicklungsetat (Einzelplan 23) von weiteren Kürzungen verschont. Aber die erwarteten und notwendigen Erhöhungen der Finanzmittel für das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) blieben aus. Mit 3,783 Mrd. € stagniert der Entwicklungsetat auf dem niedrigen Niveau der 90er Jahre und bleibt sogar noch um 60 Mio. € unter der in der Finanzplanung des Bundes vorgesehenen Aufstockung auf 3,843 Mrd. €. So könne die Bundesregierung die EU-Vereinbarung nicht einhalten, bis 2006 0,33% des Bruttonationaleinkommens für Entwicklung bereit zu stellen, kritisierte der Dachverband der deutschen Entwicklungs-NGOs VENRO. In einer Pressemitteilung des BMZ vom 14.4. d.J. hieß es noch: „Wir halten daran fest, bis zum Jahr 2006 0,33% unseres Bruttonationaleinkommens für die Entwicklungszusammenarbeit auszugeben. Dies müsse für 2005 und 2006 zu deutlichen Steigerungen des Entwicklungshaushalts führen.“ Diese haben Bundeskanzler Schröder und Finanzminister Eichel jetzt verhindert. VENRO bedauert zudem, dass die globale Minderausgabe in Höhe von 38 Mio. € in laufenden Haushaltsjahr wesentlich zu Lasten der zivilgesellschaftlichen Organisationen geht. Weitere Info: VENRO, Kaiserstr. 201, D-53113 Bonn, Tel. 0228/94677140, Fax 0228/9467799, e-mail: presse@venro.org, Internet: www.venro.org

● **PRSPs und Kinderrechte:** Internationale Strategien zur Armutsbekämpfung lassen die Belange von Kindern und Jugendlichen weitgehend außer acht. Zu diesem Schluss

kommt eine Studie der Kindertothilfe, die Ende Juni dem BMZ übergeben wurde. Die Studie weist nach, dass die Themen Kinderarbeit und Kinderrechte fast keine Rolle in den sog. "Poverty Reduction Strategy Papers" (PRSP) spielen, die hochverschuldete Länder erstellen und dem IWF und der Weltbank vorlegen müssen, um beispielsweise einen Schuldenerlass oder auch neue Kredite zu bekommen. Klaus Heide, Autor der Studie, hält es für dringend erforderlich, die PRSP-Prozesse dahingehend weiterzuentwickeln, dass sie künftig zur Stärkung der Rechte der Kinder beitragen. Weltweit leben zu Beginn des 21. Jahrhunderts rund 1,2 Milliarden Menschen in absoluter Armut – die Hälfte davon sind Kinder und Jugendliche. Sie versuchen, mit weniger als einem US-Dollar täglich zu überleben. Die Kindertothilfe fördert rund 205.000 Kinder und Jugendliche, die in extremer Armut leben und/oder besonders gefährdet sind. Sie setzt sich auch dafür ein, dass Kinder bei den Vereinten Nationen gehört werden, wenn Staaten Kinderrechtsverletzungen nicht ahnden. Weitere Info: Kindertothilfe, Düsseldorfer Landstr. 180, D-47249 Duisburg, Tel. 0203/77890, Fax 7789118, e-mail: info@kindertothilfe.de, Internet: www.kindertothilfe.de

● **Weltbank-Antwort auf EIR:** Die seit Ende Juni bekannte Antwort des Weltbank-Managements auf den Salim-Bericht, die sog. *Extractive Industries Review* (EIR; s. W&E SD 1/2004), hat Nichtregierungsorganisationen weltweit enttäuscht. Sie nehme kaum Bezug auf die EIR-Empfehlungen, wonach der Rohstoffsektor nicht geeignet ist, Armut zu reduzieren, solange nicht bestimmte Mindestvoraussetzungen erfüllt sind, erklärte die Umwelt- und Menschenrechtsorganisation *urgewald*. Besonders beanstandet wird, dass das Recht lo-

kaler Gemeinschaften und indigener Völker, Projekten zuzustimmen, sie aber auch ablehnen zu können, nicht anerkannt wird. Stattdessen werden vage nur „Konsultation“ angeboten. Den einzigen Hoffnungsschimmer sehen die NGOs jetzt in der 30-tägigen Kommentierungsphase, die mit der Veröffentlichung der Antwort eingeleitet wurde. Erst danach soll letztendlich über die Empfehlungen entschieden werden. Weitere Info: *urgewald*, Von-Galen-Str. 4, D-48336 Sassenberg, Tel. 02583/1031, Fax 4220, e-mail: urgewald@urgewald.de, Internet: www.urgewald.de; die Managementantwort findet unter: www.worldbank.org/ogcm

● **Lesehinweise:**

* Werner Heuler-Neuhaus, *Die Arbeitsmigration von Burkinabè in die Elfenbeinküste und die Auswirkungen der iverischen politischen Krise auf Migrationsdynamik und Geldtransfers*, 85 pp., ULPA Papers No. 72, Leipzig 2004. Bezug: Institut für Afrikanistik/Uni Leipzig, Beethovenstr. 15, D-04107 Leipzig, Tel. 0341/9737030, Fax 9737048, e-mail: mgroesze@rz.uni-leipzig.de

* Jan Joost Teunissen/Age Akkerman (eds.), *HIPC Debt Relief. Myths and Reality*, 131 pp., Forum On Debt And Development: The Hague 2004. Bezug: FONDAD, Noordeinde 107a, NL-2514 GE The Hague, Tel. ++31/70/3653820, Fax 3463939, e-mail: info@fondad.org

* Martin Wolf, *Why Globalization Works. The Case for the Global Market Economy*, 398 pp., Yale University Press: New Haven and London 2004. Bezug: Buchhandel

● **Tagungen und Termine:**

* 24.-26. September: 10th Workshop on *Alternative Economic Policy in Europe* in Brüssel. Info: Prof. J. Hufschmid/Universität Bremen FB7, Wilhelm-Herbst-Str. 1A, D-28359 Bremen, Tel. 0421/2183072, Fax 2184597, e-mail: hufschmid@ewig.uni-bremen.de, www.epoc.uni-bremen.de

W&E-Update

Internationale politische Terminvorschau für Juli, August und September 2004 (s. zuletzt W&E 03/04/2004).

Jahres- und Aktionstage

- 11. Juli: Weltbevölkerungstag.
- 9. August: Internationaler Tag der indigenen Völker.
- 8. September: Internationaler Tag des Kampfes gegen Analphabetismus.
- 9. September: Internationaler Antikriegstag.
- 16. September: Internationaler Tag zum Schutz der Ozonschicht.
- 20.-26. September: Europäische Woche der Zukunftsfähigkeit unter dem Motto „Nachhaltigkeit anschaulich machen“ (s. www.woche-der-zukunftsfahigkeit.de).

Weltwirtschaft und Finanzpolitik

● 27.-29. Juli: Sitzung des *General Council* der **Welthandelsorganisation (WTO)** in Genf. Das Treffen gilt allgemein als die letzte Chance

für eine Rahmenvereinbarung zur Wiederaufnahme der in Cancún unterbrochenen „Doha-Entwicklungsrunde“ vor der heißen Phase des US-amerikanischen Wahlkampfes.

Entwicklungspolitik

- 6.-8. Juli: 3. Gipfelkonferenz der Afrikanischen Union in Addis Abeba (s. www.africa-union.org).
- 11.-16. Juli: 15. Internationale AIDS-Konferenz unter dem Thema „Access for all“ in Bangkok. Die Konferenz untersucht Wege, wie mehr Menschen, vor allem in der Dritten Welt, Zugang zu wirksamen Medikamenten gegen AIDS bekommen können (s. www.ias.se/bangkok).

Internationale Umweltpolitik

- 28. August – 3. September: UN-Konferenz zur 10-Jahres-Überprüfung der Umsetzung des **Aktionsprogramms von Barbados** für die Nachhaltige Entwicklung der Kleinen Inselstaaten in St. Louis/Mauritius (s. www.un.org/esa/sustdev/sids).

● 20.-24. September: 4. Welt-Wasser-Kongress in Marrakesch/Marokko. Der Kongress steht unter dem Thema „Wasser- und Abwassermanagement im Zeitalter der Nachhaltigkeit“.

Berliner Bühne

● Sitzungswochen des **Deutschen Bundestags**: 6.-10.9.; 20.-24.9.; 27.9.-1.10. (in den Monaten Juli und August ist das Parlament in Sommerferien).

Europäische Arena

- Seit 1. Juli liegt die halbjährige **EU-Ratspräsidentschaft** bei den Niederlanden.
- Sitzungswochen des **Europäischen Parlaments**: 20.-23.7. (in Straßburg); 13.-16.9. (in Straßburg); 29./30.9. (in Brüssel).
- Ausgewählte **EU-Ministerräte**: 16.-18.7. Umwelt (informell in Maastricht); 3./4.9. Außenminister (sog. Gymnich-Treffen, informell in Südlimburg); 10./11.9. Ecofin (informell in Den Haag).

Bestell-Coupon

(Bitte ankreuzen, ausfüllen und einsenden an: W&E-Vertrieb: Knotenpunkt GmbH, Beller Weg 6, D-56290 Buch)

- JA, ich bestelle den Informationsbrief WELTWIRTSCHAFT & ENTWICKLUNG (Schutzgebühr für Einzelpersonen € 30,- pro Jahr, zzgl. Versandkosten)
- JA, ich bestelle den Informationsbrief WELTWIRTSCHAFT & ENTWICKLUNG (Schutzgebühr für Institutionen/Organisationen € 60,- pro Jahr, zzgl. Versandkosten)
- JA, bitte schicken Sie mir unverbindlich einige kostenlose Probeexemplare des Informationsbriefs WELTWIRTSCHAFT & ENTWICKLUNG.

(Name bzw. Organisation)

(Straße und Hausnummer)

(PLZ und Wohnort)

(Datum/Unterschrift)

Deklaration von UNCTAD XI:

Der Geist von Sao Paulo

„Trotz aller Anstrengungen auf nationaler und internationaler Ebene zur Wachstumsförderung bleibt die Entwicklung der zentrale Punkt auf der internationalen Agenda“, heißt es in der politischen Erklärung, die von der XI. UN-Konferenz für Handel und Entwicklung (UNCTAD XI) verabschiedet wurde. **W&E** dokumentiert die wichtigsten Punkte dieser Deklaration unter dem Titel „Der Geist von Sao Paulo“ im Wortlaut.

Die Gegensätze zwischen Industrie- und Entwicklungsländern, die bereits die Welt der frühen 60er Jahre prägten, sind immer noch allgegenwärtig. In der Tat ist die Kluft zwischen ihnen in vieler Hinsicht größer geworden. Während die Globalisierung mit wichtigen Herausforderungen einher ging und für viele Länder neue Chancen eröffnet hat, waren ihre Konsequenzen zwischen und innerhalb der Länder höchst ungleich verteilt. Viele konnten aus Handel, Investitionen und Technologietransfer Vorteile ziehen und scheinen erfolgreich zu sein im Kampf um Entwicklung und die Ausrottung der Armut.

4. Gleichwohl blieben die meisten Entwicklungsländer, vor allem die afrikanischen und die LDCs, im Globalisierungsprozess an den Rand gedrängt. Sie sehen sich immer noch zentralen Herausforderungen

bei der Realisierung ihres wirtschaftlichen Potentials und bei der Integration breiter Massen von Arbeitslosen in die produktiven Sektoren gegenüber. Es ist notwendig, den Fokus darauf zu legen, dass der internationale Handel zur Linderung der Armut beiträgt. Darüber hinaus bedarf das Rohstoffproblem erhöhter Aufmerksamkeit, einschließlich der Frage der Instabilität der Welt-Rohstoffpreise.

5. Für alle Länder ist es wichtig, dass auf internationaler Ebene Anstrengungen stattfinden und umgesetzt werden, um interne Anpassungen zu erleichtern und externe Zwänge zu beseitigen, um die Entwicklungswelt auf einen sicheren und nachhaltigen Entwicklungspfad zu bringen. Wir sagen zu Recht, dass die Beziehung zwischen Handel und Entwicklung, die auch 40 Jahre nach der Gründung von UNCTAD der Eckpfeiler ihres

Mandats ist, mit der Vertiefung der Globalisierung noch wichtiger geworden ist.

6. Wir sind entschlossen zum Kampf für die Ausrottung von Armut und Hunger. Auf nationaler und internationaler Ebene sollten politische Instrumente und Maßnahmen ergriffen werden, insbesondere in den Bereichen Handel und Finanzierung, einschließlich neuer Finanzierungsinitiativen, um Chancen für arme Frauen und Männer auf der Welt zu schaffen, die heute keinen Zugang zu Arbeitsplätzen und stabiler und angemessener Bezahlung haben. Das ist der nachhaltige Weg zu Reformen, Stabilität und Wachstum.

7. Das Los der am wenigsten entwickelten Länder (LDCs) sollte die höchste Aufmerksamkeit der internationalen Gemeinschaft genießen. Wir sind entschlossen, zusätzliche internationale Ressourcen, Marktzugang und Technische Hilfe für die LDCs bereitzustellen und besser einzusetzen, um diese – im Rahmen einer effektiven Politik auf nationaler Ebene – zur Schaffung einer soliden Basis für ihren Entwicklungsprozess zu befähigen.

8. Die multilateralen Handelsverhandlungen im Rahmen des Arbeitsprogramms von Doha sollten mit Blick auf einen frühen und erfolgreichen Abschluss, der voll den in Doha vereinbarten Bestrebungen entspricht, beschleunigt werden. Das Arbeitsprogramm von Doha ergänzt und stärkt das Mandat von UNCTAD, da es erstmals die Entwicklung in das Zentrum multilateraler Handelsverhandlungen stellt. In dieser Hinsicht sind alle WTO-Mitglieder verpflichtet sicherzustellen, dass die Ergebnisse der Handelsverhandlungen wirklich voll mit entwicklungspolitischen Belangen vereinbar sind. Der Beitritt der Entwicklungsländer, besonders der LDCs, und der Transitionsländer zur WTO sollte erleichtert werden.

9. Wir erkennen an, dass eine bessere Kohärenz zwischen nationalen und internationalen Anstrengungen sowie zwischen den internationalen Währungs-, Finanz- und Handelssystemen grundlegend für eine solide wirtschaftliche *Global Governance* ist. Wir sind entschlossen, die Kohärenz zwischen diesen Systemen zu verbessern, um sie

besser zu befähigen, auf entwicklungspolitische Erfordernisse einzugehen. Zentral für eine verbesserte *Global Governance* ist die institutionelle Dimension. Wir sollten auch weiterhin positive Synergien zwischen Handel und Finanzen schaffen und diese für die Entwicklung fruchtbar machen. Besondere Aufmerksamkeit sollte der Verbesserung der internationalen Kapitalflüsse zu Entwicklungszwecken gewidmet werden, u.a. durch innovative Finanzierungsmechanismen und die Eindämmung der Volatilität der internationalen Kapitalmärkte. Maßnahmen zur Sicherung der langfristigen Tragfähigkeit der Schulden der Entwicklungsländer sollten auch in der Zukunft Gegenstand ernsthafter Überlegungen und geeigneter Maßnahmen sein. (...)

11. Eine positivere Integration der Entwicklungs- und der Transitionsländer in den internationalen Handel und das multilaterale Handelssystem ist auch abhängig von der Anwendung interner Politiken, die es möglich machen, wie auf einer Leiter in jene Sektoren hinaufzusteigen, die innovationsorientiert sind und dynamisch expandieren. Um dies zu erreichen, sollten die Länder die Möglichkeit zu verschiedenen Optionen haben und über den notwendigen politischen Spielraum verfügen, um in ihrer nationalen Entwicklungsstrategie das bestmögliche Gleichgewicht zwischen verschiedenen Ansätzen zu erreichen. (...)

13. Obwohl noch auf eine Anzahl von Ländern beschränkt, gibt es ermutigende Zeichen dafür, dass ein beachtlicher Anteil des globalen Wachstums im Süden geschaffen wird. Diese neue Entwicklung trägt zur Entstehung einer neuen Geographie des Welt Handels bei. Wir unterstreichen die Bedeutung von Initiativen, die das Entstehen neuer dynamischer Wachstumszentren im Süden erleichtern, durch zusätzliche Schritte der Integration zwischen diesen aufstrebenden Ökonomen und anderen Entwicklungsländern. U.a. kann dies durch ein umfassenderes Globales System der Handelspräferenzen zwischen Entwicklungsländern erreicht werden, das auch die Probleme der LDCs berücksichtigen sollte. (...)